

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erstellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeiger der Verwaltungen entgegen. — Erhalten wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Verantwortlich: Die Verwaltung des Tagesblattes für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Nationalpostamt Nr. 114, Aue, am 1. Juli 1928.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 302

Sonnabend, den 29. Dezember 1928

23. Jahrgang

Koalitionsregierung

Von Dr. R. L. G., Reichsminister a. D.

Diejenigen, die sich über die grotesken Zustände hinwegsetzen wollten, die sich aus der Herrschaft unserer Parteienregierungen ergeben, führten bisher sehr gern das Wort im Munde: eine Koalitionsregierung ist keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern eine Arbeitsgemeinschaft. Es kann dahingestellt bleiben, ob dieses Wort sehr glücklich ist. Für verantwortungsvolle Politiker und Staatsmänner beruht jede politische Tätigkeit auf politischer Gesinnung, und wenn unsere Staatsmänner in einer Regierung zusammenarbeiten, so muß ihre politische Gesinnung immerhin doch einige Gemeinsamkeiten haben. Über insofern ist das Wort zweifellos richtig, daß eine Koalitionsregierung, sofern sie keine Gesinnungsgemeinschaft sein kann, doch wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft sein muß, und zwar nicht nur der Männer, die in der Regierung sitzen, sondern auch der Parteien, die an der Regierungsverantwortung teilnehmen. Die gegenwärtige Koalitionsregierung ist diesem Mindestanforderung in vielfacher Hinsicht nicht gerecht geworden.

Die Panzerkreuzerkomödie ist noch in frischer Erinnerung. Die Sozialdemokratie übernimmt in der Regierung mit dem Reichskanzler und drei weiteren Ministern die Verantwortung für den Bau; dieselbe Sozialdemokratie bekämpft den Bau im Parlament mit allen Mitteln, und derselbe Herr Reichskanzler, der im Rahmen der von ihm bestimmten Politik betrieben hat, erhebt sich von seinem Reichskanzlersitz, geht hinunter in das Parlament der Abgeordneten und stimmt als Abgeordneter gegen seine eigene Politik als Reichskanzler; die nichtsozialdemokratischen Minister stimmen gegenteilig. Gesinnungsgemeinschaft ist das gewiß nicht, aber bei weitherziger Auslegung des Wortes auch keine Arbeitsgemeinschaft; es ist das Schlimmste, was in einem parlamentarisch regierten Staat an Mißverständnissen auftreten kann: eine Partei nimmt teil an der Regierung, aber im Parlament rächt sie zu dieser Regierung, zu den anderen Regierungsparteien und zu sich selbst in Opposition!

Bei dem Arbeitskonflikt an der Ruhr lagen die Dinge anders. Die vornehme und abgeklärte Art des sozialistischen Reichsarbeitsministers ließ die Gegensätze nicht so stark in die Erscheinung treten, wie das beim Panzerkreuzer durch Weis in seinem bekannten Draufgängerum besorgt wurde, und die Regierung fand wirklich eine gemeinsame Linie und Methode des politischen Arbeitens, aber schon bei der Interpellation über die Technische Rothhilfe entfernte sich die Sozialdemokratie erneut in Regierung und Parlament aus der Reihe der Regierungsparteien.

Neuerdings fängt die Deutsche Volkspartei an, außerhalb der heiligen Hallen der Regierung starke staatspolitische Extratouren zu tanzen und beantragt weittragende Änderungen der Verfassung, ohne mit den anderen Regierungsparteien auch nur die leiseste Fühlung genommen zu haben. Auch dieses Vorgehen entfernt sich von den primitivsten Erfordernissen einer auch nur losen Arbeitsgemeinschaft.

So gehen die Dinge natürlich nicht weiter. Wie soll Abhilfe geschehen? Durch parteimäßige „Untermauerung“ der Regierung durch „koalitionsmäßige Bindung“, durch härtere „Festlegung auf Richtlinien“? Der Himmel bewahre uns vor solchen Maßnahmen. „Richtlinien“ sind für jede Regierung noch immer viel mehr ein Pech mit Maschinen zu vielseitiger Verstrickung gewesen, als eine sichere Grundlage für gemeinsame Arbeit. Es gibt nur ein einziges Mittel, um aus diesen Unmöglichkeiten herauszukommen: die Stärkung des staatspolitischen Verantwortungsgefühls der Parteien und Wähler gegenüber parteipolitischen Engheiten. Parteien und Wähler müssen sich an den Gedanken gewöhnen, daß die Minister in einer aus verschiedenen Parteien gebildeten Regierung nicht 100prozentig parteipolitisch der eigenen Partei treiben können. Die praktische Arbeit jeder Regierung wird immer eine Synthese zwischen verschiedenen Strömungen sein müssen, die zu finden zunächst einmal Aufgabe der Regierung selbst sein muß. Ist diese Synthese gefunden, so gibt es natürlich kein parteimäßiges Ausbrechen einzelner Minister oder Fraktionen. Presse und Wähler dürfen dann aber auch nicht, wie das jetzt die Regel ist, den Minister als Dummkopf hinstellen, der ihrer Parteirichtung in der Regierung nicht treuhaft geblieben ist. Es gehört für einen Minister oft mehr Klugheit dazu, 20 Prozent seiner politischen Werbung in einer Regierung zurückzulassen, anstatt durch

Die neue elsass-lothringische Frage

Die Lage in Elsass-Lothringen

Der Mordanschlag des elsässischen Fleischergesellen Georges Benoit auf den früheren französischen Oberstaatsanwalt Fachot, der als Vertreter der Autonomie im Kolmarer Autonomienprozess aller Welt bekannt wurde und erst jüngst als Generalstaatsanwalt nach Paris überlebte, führte in Elsass-Lothringen am heiligen Abend zu zahlreichen Hausdurchsuchungen. Diese erwecken im ganzen Lande die Erinnerungen nach an die politischen Hausdurchsuchungen in den Weihnachtsfesten des letzten Jahres, die das Material für den Kolmarer Autonomienprozess liefern sollten. Kläglich noch als damals, wenn es möglich wäre, wird in diesem Jahre der Vorstoß der französischen Justiz gegen die Heimatbewegung der Elsäßer zusammenbrechen.

Die letzten Wahlen im Elsass zu der französischen Kammer, dem Senat und den Generalräten Elsass-Lothringens bedeuten, geschichtlich betrachtet, die Erhebung aller zweifelhaften oder regierungsfreundlichen Abgeordneten und Senatoren durch heimtückische Männer und Persönlichkeiten, von denen das Volk antritt, daß sie gegenüber den Regierungserwartungen unzugänglich bleiben werden. Die Regierungsmehrheit infolge der Parteienzersplitterung und inneren Parteiverwirrung, die das erste Jahrzehnt französischer Herrschaft im Elsass kennzeichnet, soll jetzt abgelöst werden durch die Herrschaft derjenigen Elsäßer und Lothringern, die treu zur Heimatbewegung stehen.

Diese Gefahr für die französische Regierung und Verwaltung im Lande hat Poincaré rechtzeitig erkannt. Getreu den uralten Grundfragen aller Machthaber, durch Teilung und Zersplitterung der Herrschenden die Herrschaft aufrecht zu erhalten, entschloß er sich, die elsässische Volkspartei, die mächtigste politische Organisation des Landes, zu spalten. Schon bald nach der letzten Regierungsabstimmung war es ihm gelungen, den ehrgeizigen Abgeordneten Oberkirch für das Unterstaatssekretariat des Arbeitsministeriums zu gewinnen. Die Abgeordneten Pfleger und Weidmann sowie die Senatoren de Leusse, Gegauff und Bourgeois schlossen sich ihm an. Auf einer Konferenz zu Straßburg, auf der etwa 30 ehemalige Mitglieder der elsässischen Volkspartei anwesend waren, wurde die Gründung einer neuen Partei, der „Action populaire nationale d'Alsace“ beschlossen. Am Weihnachtsabend rückte die Partei in ihrem neuen geschaffenen neuen Organ, dem „Elsässer Woten“, mit einer Kundgebung heraus, in der sie sich den Elsäßern als die wahre, alte, elsässische Volkspartei vorzustellen versuchte.

Selbstverständlich fehlt es nicht an Gegenüberstellungen. Die ganze Presse der elsässischen Volkspartei befindet sich jetzt in den Händen der Parteiführer Müller und Hägg, des freitragenden Straßburger Canonikers und des febergewandten Kolmarer Berlegers. Auf ihrer Seite stehen auch die Massen des Volkes und die erdrückende Mehrheit der katholischen Geistlichkeit. Schon damit ist der neuen Partei des Unterstaatssekretärs Oberkirch, diesem merkwürdigen „Christlichen“, das Poincaré seinen lieben Elsäßern schenkte, das Urteil gesprochen.

Als ganz wesentlich kommt aber hinzu, daß die Richtigerklärung der Kammerseite Dr. Widlins und Hoffes Neuwahlen bedingt, die in der nächsten Zeit stattfinden müssen und die Volkseele im Elsass erneut zum Kochen bringen werden. Der Gouverne-

mentalismus, d. h. die Regierungsfreundlichkeit von Elsäßern gegenüber Paris steht nach den Ergebnissen der Wahlen in den ersten zehn Jahren französischer Herrschaft noch viel brüchiger da, als in der Vorkriegszeit die Regierungsfreundlichkeit einiger elsässischer Familien gegenüber Deutschland. Der Oppositionsgeist steht den Elsäßern nun einmal nicht nur in den Knochen, er sitzt bei ihnen tief im Mark.

Schließlich ist das auch gar nicht verwunderlich, daß die Regierung Poincaré nicht davon zurückgeschreckte, der Kammer und dem Senat ein Ausnahmengesetz gegen Elsass-Lothringen vorzulegen und dem in den letzten Wahlen siegreichen Autonomismus auf der ganzen Linie einen rücksichtslosen Kampf anzusagen. Das Poincaré selbst diese neue Buchtaubvorlage begründete und dabei von seinen reaktionärsten Kollegen Barthou und Maginot unterstützt wurde, ist charakteristisch genug. Nur ein einziger Abgeordneter, der Elsäßer Reibel, wagte es in der Kammer, auf die verhängnisvollen Rückwirkungen der Gesetzesvorlage hinzuweisen. „Es gibt kaum einen Fehler“, erklärte er, „der im Elsass noch nicht begangen worden wäre und doch bringt es die Regierung fertig, neue zu erfinden. Der in Aussicht genommene Gesetzesentwurf kann nur zu einer Verstärkung der Bewegung führen, die man damit treffen will.“

Das neue französische Regime in Elsass-Lothringen läuft auf eine Verschärfung der bisherigen Regierung- und Verwaltungspraxis hinaus. Es versucht mit brutaler Gewalt moralische Erhebungen zu machen und die Herzen der Elsäßer mit Buchtaubvorlagen zu erobern. Was die Franzosen hier tun, haben sie zum Schrecken der Welt in dem Mordanschlag des Elsäßers Benoit auf den Generalstaatsanwalt Fachot erlebt. Alle Welt weiß heute, nachdem die Franzosen wieder um zehn Jahre im Lande sind, daß es wieder eine elsass-lothringische Frage gibt. In Elsass-Lothringen selbst ist bereits das böse Wort von einem zweiten Irland gefallen. Schon daran tragen ausschließlich die Franzosen allein. Jetzt ländet die Pariser Presse, selbst die Linkspresse, neue Gewalttaten im Elsass an. Die Straßburger Münsterglocken, die das neue Jahr einläuten, verkünden Sturm.

Verhöre George Benoit

Der Untersuchungsrichter hat gestern George Benoit wegen des Attentats auf Fachot verhört. Benoit erklärte, er habe durch die Verhöre dessen, was in den Zeitungen über den Kolmarer Prozess berichtet wurde, die Überzeugung gewonnen, daß der Kolmarer Prozess in allen Stücken erfunden und ungerecht sei. Darin sei er noch dadurch bestärkt worden, daß Senator Helmar Staatsanwalt Fachot in Briefen, die veröffentlicht wurden, als einen unehrlichen Menschen hinstellte, der in Sequesterschiebungen der elsässischen Kaligruben verwickelt sei. Alles dies habe ihn zu der verrückten Idee bewegt, auf Fachot zu schießen. Er habe eine fixe Idee gehabt, er er nicht habe widersehen können. Er gehöre zu keiner Gruppe, habe niemals Politik getrieben und nur nach Rache von Fachot und Hofsee nach ihrer Beendigung Ende Juli oder Anfang August in Straßburg an einer Kundgebung teilgenommen. Er habe von seinem Plan mit niemand gesprochen und bedauere seine Tat sehr.

Festhalten an 100prozentiger Verantwortlichkeit sich und seine Partei aus der praktischen Staatspolitik auszuscheiden. Eine Koalition kann ziffernmäßig noch so stark und mit Wählern noch so sorgfältig und eng gebunden sein, sie wird niemals handlungsfähig bleiben, wenn sie nicht von allen Seiten durch faktische Verantwortlichkeiten gesichert ist. „untermauert“ wird.

Wann tagen die Sachverständigen?

In gut unterrichteten politischen Berliner Kreisen nimmt man nicht an, daß die Ernennung der deutschen Reparationsfachverständigen noch vor Neujahr erfolgen wird. Man rechnet vielmehr damit, daß noch einige Zeit vergehen dürfte, ehe die Sachverständigen ihre Arbeit aufnehmen können, zumal auch zwischen den sechs Reparationsmächten zunächst eine Verständigung darüber herbeizuführen werden muß, wie die

Ernennung der amerikanischen Sachverständigen vorgenommen werden soll. Allgemein ist man der Ansicht, daß einer der amerikanischen Sachverständigen Owen Young sein wird, vielfach verlautet auch, daß Charles Dawes als Sachverständiger in Frage käme. Berauht wird man die Fühlungnahme des Reparationsagenten mit der amerikanischen Regierung abwarten, ehe hinsichtlich der amerikanischen Sachverständigen eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Da Parker Gilbert erst nach Neujahr in Washington Unterredungen mit Coolidge und Hoover sowie mit anderen führenden amerikanischen Kreisen haben wird, so glaubt man, daß die Sachverständigen ihre Arbeit kaum vor Anfang Februar aufnehmen werden.

Zum Kaufmann Tschitscherin in Deutschland.

Wie mitgeteilt wird, wird Tschitscherin, der gegenwärtig noch in Deutschland weilt, in den nächsten Tagen wiederum nach Rußland zurückkehren. Bis jetzt hat er noch nicht den Wunsch geäußert, Dr. Straßmann seine Zustimmung zu machen.